

03.06.2013

Antwort

der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage 1211 vom 30. April 2013
des Abgeordneten Robert Stein PIRATEN
Drucksache 16/2862

Zum Stand der Umsetzung des Stärkungspaktes in der Kommune Stolberg

Der Minister für Inneres und Kommunales hat die Kleine Anfrage 1211 mit Schreiben vom 3. Juni 2013 namens der Landesregierung im Einvernehmen mit dem Finanzminister beantwortet.

Vorbemerkung der Kleinen Anfrage

In der Sitzung des Ausschusses für Kommunalpolitik vom 12.04.2013 hat die Landesregierung die Probleme bei der Konsolidierung der Haushaltspläne der Stärkungspaktkommunen beschrieben. Insbesondere wurde dabei erwähnt welche Schwierigkeiten bei der Einbindung der kommunalen Beteiligungen momentan noch bestehen. Es konnte nicht herausgearbeitet werden, welches Potenzial für die Kommunen darin noch liegen kann. Es musste festgestellt werden, dass häufig das Mittel der Grundsteuererhöhung zu Rate gezogen wurde, um den größten Teil der Konsolidierungsbemühungen zu realisieren.

- 1. *Welche Beteiligungen hat die Kommune? (Bitte um Auflistung inklusive der prozentualen Verteilung)?***
- 2. *Wie hoch waren die Gewinne/Verluste der jeweiligen Beteiligungen in den letzten 5 Jahren? (Bitte um tabellarische Auflistung)***
- 3. *Welche Zahlungsströme gab es zwischen der Kommune und den jeweiligen Beteiligungen? (Bitte um tabellarische Auflistung)***

Finanzstatistische Daten zu den Beteiligungen einzelner nordrhein-westfälischer Kommunen, die für die Beantwortung dieser Kleinen Anfrage genutzt werden könnten, werden nicht

Datum des Originals: 03.06.2013/Ausgegeben: 06.06.2013

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

erhoben. Die Kommunalaufsichtsbehörden informieren sich regelmäßig nur im Einzelfall und soweit es zur Erfüllung ihrer Aufgaben notwendig ist. Dem Land liegen folglich keine systematischen Informationen zu den hier erbetenen Auskünften vor.

Die kommunalen Beteiligungsberichte enthalten einen Teil der Daten, um deren Auflistung in den Fragen 1 bis 3 gebeten wird. Für die am Stärkungspakt pflichtig teilnehmenden Kommunen (sog. Stufe 1) gibt die beigefügte Tabelle Auskunft, auf welchem Weg ein Zugang zum letzten Beteiligungsbericht der jeweiligen Kommune möglich ist.

4. Welchen Beitrag haben die Beteiligungen in den letzten fünf Jahren an den Bemühungen zur Haushaltskonsolidierung der Kommune beigetragen?

Die Kommunalaufsichtsbehörden haben bis zum In-Kraft-Treten des Stärkungspaktgesetzes keine systematischen Informationen zu den Konsolidierungsbeiträgen der Beteiligungen einzelner Kommunen erhoben, die zur Beantwortung dieser Frage genutzt werden könnten.

In Bezug auf die gem. § 6 Stärkungspaktgesetz geforderte Einbeziehung möglicher Konsolidierungsbeiträge der Beteiligungen in den Haushaltssanierungsplan wird auf die Antwort zu Frage 5 verwiesen.

**5. Wie hoch ist der geplante Ansatz zur Konsolidierung im Haushaltssicherungskonzept, der von den Beteiligungen beigesteuert werden soll?
(Bitte um Auflistung Soll/Ist je Beteiligung pro Jahr)**

Der von den einzelnen Stärkungspaktkommunen zurzeit geplante Konsolidierungsbeitrag für den Haushaltsanierungsplan ist der beigefügten Tabelle zu entnehmen. Im Einzelfall handelt es sich noch um Ansätze aus dem Haushaltssanierungsplan 2012. Bei den aufgeführten Zahlen ist zu berücksichtigen, dass in einigen Kommunen die Prüfung, in welchem Umfang die Beteiligungen zur Haushaltssanierung beitragen sollen, noch nicht abgeschlossen ist. Zudem ist mit Veränderungen der Planung im Lauf eines mehrjährigen Sanierungsprozesses stets zu rechnen.

Eine Darstellung der Ist-Werte kann erst erfolgen, nachdem die Kommunen das Jahresergebnis festgestellt haben. Für das Jahresergebnis 2012 besteht die Rechtspflicht zum 31.12.2013 (vgl. § 96 GO NRW).

Kommunen Stufe 1	letzter Beteiligungsbericht		Konsolidierungsbeitrag der Beteiligungen vorgesehen?	Konsolidierungsbeiträge beziffert?
	erstellt für das Jahr JJJJ	zugänglich für Dritte? Internet oder Anforderung bei Gemeinde	Konsolidierungsbeitrag geplant/nicht geplant	nicht beziffert/beziffert => Beträge in Euro zwischen 2012 und 2021
1	2	3	4	5
Duisburg	2011	Internet	geplant	beziffert mit 2012: 0 € 2013: 5.555.730 € 2014: 8.253.130 € 2015: 10.183.970 € 2016: 10.833.970 € 2017: 10.983.970 € 2018: 11.183.970 € 2019: 11.283.970 € 2020: 11.383.970 € 2021: 11.383.970 €
Hagen	2011	Internet	geplant	2012-2021: 158.811.892 €
Hamm	2011	Internet	geplant	beziffert mit 2012: 4.511.000 € 2013: 4.563.000 € 2014: 4.533.000 € 2015: 4.540.000 € 2016: 4.402.000 € 2017 - 2021: 4.405.000 € p.a.
Oberhausen	2011	Internet	geplant	beziffert mit 2012: 6.160.000 € 2013: 3.951.600 € 2014: 12.905.800 € 2015: 12.983.800 € 2016: 17.072.700 € 2017: 18.364.700 € 2018: 18.864.700 € 2019: 19.364.700 € 2020: 19.864.700 € 2021: 20.364.700 € (ab 2017 einschl. Sparkassenkonsolidierungsbeitrag)
Remscheid	2011	Internet	geplant	beziffert mit 2012: 0 € 2013: 0 € 2014: 746.400 € 2015: 1.090.400 € 2016: 1.190.400 € 2017: 1.540.400 € 2018: 1.640.400 € 2019: 1.640.400 € 2020: 1.640.400 € 2021: 1.790.400 € (ab 2015 einschl. Sparkassenkonsolidierungsbeitrag)
Wuppertal	2011	Internet	geplant	beziffert mit 2012: 95.000 € 2013: 2.095.000 € 2014: 2.124.000 € 2015: 3.100.000 € 2016: 3.150.000 € 2017: 3.150.000 € 2018: 3.150.000 € 2019: 3.150.000 € 2020: 3.150.000 € 2021: 3.150.000 €
Aldenhoven	bisher nicht	entfällt	nicht geplant	entfällt

Kommunen Stufe 1	letzter Beteiligungsbericht		Konsolidierungsbeitrag der Beteiligungen vorgesehen?	Konsolidierungsbeiträge beziffert?
	erstellt für das Jahr JJJJ	zugänglich für Dritte? Internet oder Anforderung bei Gemeinde	Konsolidierungsbeitrag geplant/nicht geplant	nicht beziffert/beziffert => Beträge in Euro zwischen 2012 und 2021
1	2	3	4	5
Altena	2006, wird momentan aktualisiert	Einsichtnahme	geplant	beziffert mit 100.000 € ab 2012
Arnsberg	2011	Internet	geplant	beziffert mit 2012: 850.000 € 2013: 985.000 € 2014: 1.115.000 € ab 2016: 1.165.000 € p.a.
Bergneustadt	2010	Internet	nicht geplant	entfällt
Castrop-Rauxel	2008	noch nicht veröffentlicht	geplant	2012: 147 T€; 2013: 684 T€; 2014: 694 T€; 2015: 704 T€; 2016-2021: 714 T€/Jahr
Datteln	2009	Einsichtnahme	geplant	2013: 50 T€; 2014: 100 T€; 2015: 150 T€; ab 2016: je 200 T€
Dorsten	2010	Internet	geplant	2012: 309 T€; 2013: 358 T€; 2014: 419 T€; 2015: 423 T€; 2016: 448 T€; 2017: 452 T€; 2018: 456 T€; 2019: 460 T€; 2020: 464 T€; 2021: 468 T€
Hattingen	bisher nicht	entfällt	geplant	beziffert mit 2012: 40.000 € ab 2013: 50.000 € p.a.
Kürten	2011	Anforderung bei Gemeinde	nicht geplant	entfällt
Marienheide	2011	Einsichtnahme	geplant	2013 - 2021: 1.111.400 €
Marl	2010	Internet	geplant	2012-2021: 24.280 € p.a.
Menden	2009	Internet	geplant	beziffert mit 149.000 € ab 2012 p.a.
Minden	2009	Internet	geplant	2012-2021: 190.000
Nachrodt-Wiblingwerde	2010	Einsichtnahme	nicht geplant	entfällt
Nideggen	entfällt	entfällt	nicht geplant	entfällt
Oer-Erkenschwick	2010 (in Kürze)	Internet (in Kürze)	nicht geplant	entfällt
Porta Westfalica	2008	Anforderung bei Gemeinde	geplant	nicht beziffert
Schwelm	2010	Internet	geplant	2013: 15.000 € 2014: 215.000 € 2015: 350.000 € 2016-2021: 550.000 €

Kommunen Stufe 1	letzter Beteiligungsbericht		Konsolidierungsbeitrag der Beteiligungen vorgesehen?	Konsolidierungsbeiträge beziffert?
	erstellt für das Jahr JJJJ	zugänglich für Dritte? Internet oder Anforderung bei Gemeinde	Konsolidierungsbeitrag geplant/nicht geplant	nicht beziffert/beziffert => Beträge in Euro zwischen 2012 und 2021
1	2	3	4	5
Schwerte	2011	Internet	geplant	beziffert mit 2012: 951.000 €, 2013: 1.311.000 € 2014: 1.371.000 € 2015: 1.457.000 € 2016: 1.452.000 € 2017: 1.308.000 € 2018: 1.350.000 € 2019: 1.453.000 € 2020: 1.469.000 € 2021: 1.496.000 €
Selm	2011	Internet	geplant	beziffert mit ab 2017: 250.000 € p.a.
Sprockhövel	2011	Einsichtnahme	geplant	beziffert mit ab 2012 p.a. 185.000 € p.a.
Stolberg	bisher nicht	entfällt	nicht geplant	entfällt
Übach-Palenberg	2011	Einsichtnahme	geplant	2013 - 2021: 324.000 €
Waltrop	2010	Internet	geplant	2014: 202 T€; 2015: 205 T€; 2016: 191 T€; 2017: 174 T€; 2018: 454 T€; 2019: 444 T€; 2020: 470 T€; 2021: 500 T€
Welver	entfällt	entfällt	nicht geplant	entfällt
Werl	2008	Einsichtnahme	geplant	beziffert mit ab 2012 p.a. 360.000 €
Witten	bisher nicht	entfällt	geplant	beziffert mit 2012: 25.000 € 2013: 408.000 € 2014: 411.000 € 2015: 393.000 € 2016: 2.612.000 € 2017: 2.984.000 € 2018: 3.114.000 € 2019: 3.115.000 € 2020: 3.115.000 € 2021: 3.116.000 €
Würselen	2012	Internet	geplant	2012-2021: 990.000 €